

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

59

Feb 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

MILITARISIERUNG

- Uns gegen Russland verteidigen?!
- Deutschland und Israel – eine militärische Liebeserklärung und eine Bedrohung für uns alle
- Nein heißt Ja, und Ja heißt sofort an die Front

ab Seite 2

INTERNATIONAL

- Das Ende von Rojava?
- USA am Scheideweg
- Italien: Regierung provoziert Gewalt um demokratische Rechte abzubauen

ab Seite 5

ÖSTERREICH

Amerlinghaus bleibt!

Seite 9

AUS DEN BETRIEBEN

Neuer Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn

Seite 10

REZENSION


Die große Mobilisierung: Die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung bis zur Kriegstüchtigkeit

Seite 11



Mehr Infos zu Schulstreikkomitees, Material und Demos unter:

Schulstreikgegenwehrplicht.com

 Schulstreik gegenwehrplicht

Es gibt in vielen Städten auch lokale Instaprofile

Willst du Frieden? Bereite die Revolution vor!

Wir stellen uns gegen die rasante Militarisierung und wehren uns dagegen, als Soldat:innen für die imperialistischen Großmachtinteressen geopfert zu werden. Denn auch die deutsche Bundeswehr strebt ganz offen nach Kriegstüchtigkeit, nicht zuletzt durch die Wehrplicht. Gut ins Bild passt da auch die „enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich“ mit Israel. Und nicht zufällig gibt es Skandale um Machismus, Rechtsextremismus und Vergewaltigungen in der Bundeswehr – eine Armee braucht skrupellose und abgestumpfte Befehlsempfänger:innen. Dass es den Großmächten nur um ihre imperialistischen Interessen geht, sehen wir auch in der Ukraine, deren Bevölkerung noch immer auf Frieden warten muss.

In den USA zeigt das Wüten von ICE, zuletzt in Minnesota, wie eng Aufrüstung und imperialistische Ambitionen (Venezuela, Grönland, Iran...) mit einer Militarisierung im Inneren einhergehen. Die Aufrüstung bedeutet aber auch überall Sparpakete und Angriffe auf die soziale und kulturelle Infrastruktur. In Italien gab es große Proteste und Streiks in Solidarität mit Palästina, aktuell gibt es Proteste gegen die Anwesenheit von ICE-Agenten bei den Olympischen Spielen und gegen die Schließung eines Kulturzentrums. Auch in Wien ist das Kulturzentrum Amerlinghaus nach 50 Jahren wegen des umfassenden Sparkurses der Stadtregierung akut bedroht.

Wir sehen uns am 5. März beim Schulstreik!

Uns gegen Russland verteidigen?!

Umfragen zu Aufrüstung und Wehrpflicht zeigen einen deutlichen Stimmungsumschwung in Deutschland seit dem Beginn des Ukrainekrieges. Während sich 2021 nur 41 % für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aussprachen, waren es im Sommer 2025 70 %¹ – und das, obwohl der Wehretat schon fast verdoppelt wurde! Das kommt nicht von ungefähr: Es gibt seit Jahren ein mediales Trommelfeuer, das Angst vor Russland schürt. Zeigt die ukrainische Tragödie etwa nicht, dass man aufrüsten muss?! Ein paar Argumente, um uns der Militarisation entgegenzustellen:

Propaganda auf allen Seiten

Putins Krieg gegen die Ukraine ist menschenverachtend, keine Frage². Doch die Imperialist:innen sind immer gut darin, Gräueltaten und Heuchelei der jeweils anderen Seite aufzuzeigen. Putin hat nicht unrecht, wenn er der eigenen Bevölkerung erzählt, wie die großen NATO-Mächte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer mehr Militärbasen in Osteuropa und Zentralasien errichtet haben und ihren eigenen Einfluss mit Drohgebärden und wirtschaftlicher „Softpower“ weiter ausdehnen. Das Argument, der andere (in unserem Fall Russland) sei der Bösewicht, füttert nur das Wettrüsten auf allen Seiten und erhöht die Kriegsgefahr.

Deutschland in Gefahr, *really?*

Die deutschen Generalstäbe haben schon lange vor 2022 auf eine Gelegenheit gewartet, wieder ordentlich aufzurüsten. Uns wird seit Jahren erzählt, die Bundeswehr sei „kaputtgespart“ und könne Deutschland nicht verteidigen. Dabei ist der Rüstungshaushalt schon vor 2022 deutlich angestiegen. Russland unter Putin hat keine Skrupel, andere Länder anzugreifen. Aber Putin ist weder dumm noch lebensmüde und Deutschland (und de facto jedes NATO-Land als Teil dieses imperialistischen Supermacht-Bündnisses) ist wirtschaftlich und militärisch eine ganz andere Hausnummer als die Ukraine. Die Idee, dass Russland Deutschland den Krieg erklären könnte, ist einfach abwegig – außer vielleicht im Rahmen eines weltweiten

Zusammenstoßes der imperialistischen Blöcke, wie im 1. oder 2. Weltkrieg. Und gerade diese Gefahr wird durch die Kriegsrhetorik und Militarisation nur größer, nicht kleiner.

„Verteidigung“ nationaler Werte und Interessen gerechtfertigt. Wir müssen uns diesem Nationalismus widersetzen, der im 20. Jh. zweimal in die Katastrophe eines Weltkriegs geführt hat.

» Die „Verteidigungsfähigkeit“ ist für die Vitrine. Es geht um *Angriffsfähigkeit*, wobei sie gegenüber den Großen (USA, China) einiges aufzuholen haben. «

Auf welche Kriege bereiten sie sich (und uns) vor?

Uns wird Aufrüstung und Wehrdienst „schmackhaft“ gemacht als Verteidigung gegen die „russische Gefahr“. Doch die wirkliche Zielsetzung ist eine andere. Angesichts der internationalen Spannungen und der Herausforderung der US-Vormacht durch den chinesischen Imperialismus, fühlen sich die europäischen Großmächte immer mehr abgehängt. Sie wollen aber mitmischen beim großen Spiel um Rohstoffe und Absatzmärkte. Die „Verteidigungsfähigkeit“ ist für die Vitrine. Es geht um Angriffsfähigkeit, wobei sie gegenüber den Großen (USA, China) einiges aufzuholen haben. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr (z. B. in Afghanistan) sind nur ein Vorgesmack auf die aggressive Rolle, die deutsches Militär wieder spielen soll.

In der letzten Ausgabe der Aurora haben wir uns mehr mit dem Beispiel des 1. Weltkriegs beschäftigt.³ Das Ende des 1. Weltkriegs wurde durch die russische Revolution eingeleitet, die an der Ostfront den Krieg beendet hat und über die Schützengräben hinweg so ansteckend wirkte, dass ein Jahr später auch in Deutschland Kaiser und Kriegstreiber durch die Arbeiter:innen und Soldaten gestürzt wurden.

Wir haben keine pazifistischen Illusionen, dass es ausreichen könnte, die kapitalistischen Staaten zum Abrüsten zu bewegen. Wenn wir dauerhaften Frieden wollen, müssen wir die Macht den Kapitalist:innen und Imperialist:innen entreißen, die Kriege für ihre Wirtschaftsinteressen vom Zaun brechen, bei denen die Arbeitenden nichts zu gewinnen, aber ihre Leben zu verlieren haben. ■

Richard Lux, Berlin

Willst du Frieden, bereite die Revolution vor!

Jeder Krieg in der Geschichte wurde von den Herrschenden mit dem Verweis auf eine Gefahr von außen und der

Fußnoten:

1 Quellen: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr; forsa für ntv/RTL

2 Wie wir zur Verteidigung der Ukraine vom Standpunkt der Arbeiter:innen stehen, siehe www.sozialismus.click/welche-perspektive-fuer-die-ukraine/

3 www.sozialismus.click/antimilitarismus-einblick-in-die-geschichte/



Kommentar zur Gefahr aus Russland

Was Deutschland jetzt braucht

Ein Beispiel unter vielen ... vom 29. 1. 2024

Deutschland und Israel – eine militärische Liebeserklärung und eine Drohung für uns alle

Anfang Januar war Bundesinnenminister Dobrindt zu Besuch bei Israels Premierminister Netanyahu, einem mit internationalen Haftbefehl gesuchten Kriegsverbrecher. Dobrindt besuchte Netanyahu allerdings als Freund und Partner und um einen „Cyber- und Sicherheitspakt“ zwischen Deutschland und Israel zu unterzeichnen. Damit verstärkte Deutschland die „enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich“, so Dobrindt.

Denn Israel verfügt über die modernsten Überwachungstechnologien, mit denen die Palästinenser:innen in Gaza und Westjordanland seit mehr als zwei Jahrzehnten bis ins Kleinste überwacht und kontrolliert werden. Mehrere KI-gestützte Tools wie Lavender und „Where’s Daddy“ setzt die israelische Armee zur Bombardierung des Gaza-Streifens in seinem völkermörderischen Krieg ein.

Wenn also Bundesinnenminister

gend für die Bundeswehr geworben wird, dann geht es darum, dass sie zu solchen Verbrechen wie in Gaza oder dem Westjordanland ausgebildet werden soll. Wehrpflicht hat nichts mit „Verteidigung der Demokratie“ oder „der Menschenrechte“ zu tun!

Bei dem Treffen mit Netanjahu wurde Dobrindt von Bundespolizisten begleitet. Denn die deutsche Bundespolizei wird in dem von den USA geführten „Krisenzentrum“ zur Überwachung des

größte militärische Deal, den Israel jemals gemacht hat. Das Hauptverkaufsargument des israelischen Staates: das System hat sich bei den Kriegen gegen den Iran bewährt. So unterstützt Deutschland mit den Waffenkäufen auch die Hegemoniebestrebungen Israels im Nahen Osten.

Zu den langfristigen militärischen Beziehungen Deutschlands mit Israel gehört auch die Ausstattung mit Drohnen. Israels Waffenkonzerne stehen an der Spitze der Welt, wenn es um Hightech Drohnen geht. Die „Praxisausbildung“ deutscher Soldaten an den israelischen Drohnen findet übrigens in... Israel statt. Nachdem es ein paar Monate eine „Schampause“ gegeben hatte, gibt es die Ausbildung der Bundeswehdrohnenpiloten wieder seit Juni 2025 in Israel. Wenn die Bundeswehr Werbung macht, um junge Leute für Europas „Drohnen-dom“ zu gewinnen, dann heißt das, dass sie auch ausgebildet werden, wie in Gaza oder an den EU-Außengrenzen unbewaffnete Zivilist:innen zu beschießen.

Was uns wie eine ganz normale „Sicherheitspartnerschaft“ verkauft wird, gehört zur Militarisierung und Aufrüstung in Europa. Daran ist nichts „normal“. Das ist kein „Frieden“, den die Bundeswehr schaffen wird. Das sind Kriege wie in Gaza und dem Nahen Osten.

Für diese Kriege geben wir keinen Menschen und keinen Cent! Nein zur Wehrpflicht! Schaffen wir an allen Schulen und Unis Organisationskomitees, um den Streiktag gegen die Wehrpflicht am 5. März noch größer werden zu lassen! ■

Sabine Müller, Berlin

»» Wenn heute um die Jugend für die Bundeswehr geworben wird, dann geht es darum, dass sie zu solchen Verbrechen wie in Gaza oder dem Westjordanland ausgebildet werden soll. ««

Dobrindt die Zusammenarbeit mit diesem israelischen Staat vertieft, dann weil er die völkermörderische und Apartheidpolitik völlig in Ordnung findet. Ja schlimmer, das ist die neue Normalität. Das wird die Normalität auch in den deutschen Polizei- und Bundeswehreinheiten. Wenn heute um die Ju-

Gaza-Streifens eingesetzt. Das heißt, deutsche Polizisten sind damit direkt beteiligt an der Verwaltung des andauernden Völkermordes in Gaza.

Wenn Dobrindt davon spricht, „wir wollen an Erfahrungen und Know-how partizipieren“, dann sind das widerliche „Erfahrungen“ in der Einschränkung von Meinungsfreiheit und Demonstrationsrechten in Israel und in der Entmenschlichung und zielgerichteten mindestens teilweisen Vernichtung einer Bevölkerung in Palästina. Wenn „unsere“ Polizei diese „Erfahrungen“ verdaut und in ihre „Sicherheitskonzepte“ integriert hat, dann wird sich das auch gegen uns hierzulande richten.

Dieser neue Cyber- und Sicherheitspakt ist nur die Fortsetzung länger bestehender militärischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Der Vertrag zur Lieferung von Arrow 3 wurde erst Mitte Dezember erweitert und hat jetzt ein Volumen von 6,5 Milliarden. Das ist der



Verbandsabzeichen der israelisch-deutschen Heron-TP-Ausbildungsstaffel Red Baron – via Wikipedia Matankic / IDF

Nein heißt ja, und ja heißt sofort an die Front

Der folgende Artikel enthält Zitate mit drastischen Äußerungen zu sexualisierter Gewalt.

Das könnte das neue Motto des Fragebogens zum Wehrdienst der Bundeswehr sein, welcher jetzt zehntausendfach an junge Menschen verschickt wird. Die Bundeswehr macht mobil und braucht für die Aufrüstung und Militarisierung neue Rekrut:innen. Da passt es gar nicht ins Bild, dass es schon wieder einen Skandal in der Bundeswehr gibt. Diesmal betrifft es die Fallschirmjäger. Ein Feldwebel soll seine Untergebenen mit folgendem Ausspruch ins Wochenende geschickt haben: „Es wird nur gefickt, was gefickt werden will. Und denken Sie daran: Nein heißt Ja, und Ja heißt anal.“

Ende letzten Jahres veröffentlichte die FAZ einen ausführlichen Bericht über die Zustände bei den Fallschirmjägern, insbesondere in Zweibrücken. Es geht um Rechtsextremismus, sexualisiertes Fehlverhalten, Gewalttriale und harte Drogen. Allein in Zweibrücken sollen

Auch die Verstöße gegen sexuelle Selbstbestimmung nehmen in der Bundeswehr zu. 2023 gab es 385 meldepflichtige Ereignisse. Sie sind damit fast doppelt so häufig wie im bundesdeutschen Durchschnitt. Dies ist nicht verwunderlich, sind doch Vergewaltigungen schon im-

Zustände gibt und dass sie dann auch noch ans Licht kommen. Für ihre Rekrutierungskampagne brauchen sie eine „moderne“, „weltoffene“ Armee mit „demokratischen“ Werten, in der sich auch Frauen wohl fühlen können. Sie brauchen keine Schlagzeilen, dass jede:r vierte Rekrut:in mit psychischen Problemen aus dem Dienst kommt. Das alles ist schlecht fürs Image. Für ein gutes Image wird viel Geld ausgegeben: Aufwändige Plakat- und Videokampagnen, Dutzende Jugendoffiziere, die in Schulen und auf Messen Werbung für die Armee machen, positive Berichte und Werbeanzeigen wie im Playboy – die wohl einen bestimmten Typus ansprechen sollen – und dann diese Skandale.

Und trotz des Versuches ein anderes Image zu bekommen, braucht die Armee Menschen, die Befehle befolgen, Gewalt anwenden und Töten können, oder wie es die Hip-Hop Band KIZ ausdrückte: „Denn jeder Werkzeugkasten braucht ein' Hammer.“

Karl Gebhardt, Berlin

»» Es wurde „der Hitlergruß als gängige Begrüßung beim Betreten einer Stube genutzt“. ««

mindestens 30 Soldaten an rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen beteiligt gewesen sein. Kokainmissbrauch ist bestens dokumentiert, sexuelle Übergriffe und Mobbing gegenüber Frauen ebenso. Mehr als 200 strafrechtliche und disziplinarische Vorwürfe wurden untersucht. 63 Beschuldigte stehen im Zentrum der Ermittlungen, 20 wurden bereits aus der Bundeswehr entlassen.

(K)ein Einzelfall!?

Diese Vorfälle sind kein Einzelfall, sondern systematisch. In den letzten Jahren erlangten rechtsextreme Netzwerke wie „Nordkreuz“ und das Hannibal-Netzwerk Aufmerksamkeit, bei denen (Ex)-Bundeswehrsoldaten führende Rollen eingenommen haben. Im Jahr 2023 gab es über 1000 rechtsextreme Verdachtsfälle bei der Bundeswehr, die nicht gemeldete Dunkelziffer dürfte bedeutend höher sein. 2024 wurden 97 Soldaten aufgrund rechtsextremer Vorfälle entlassen. Nachdem in Zweibrücken angeprangert und gemeldet wurde, dass ab und an der Hitlergruß verwendet wird, wurde „der Hitlergruß als gängige Begrüßung beim Betreten einer Stube genutzt“, berichtete eine ehemalige Fallschirmjägerin.

mer eine Waffe des Krieges gewesen, wieso sollten sie nicht zu Friedenszeiten schon „erprobt“ werden. Oder anders ausgedrückt: Es ist nicht verwunderlich, dass in einer Institution, die auf Befehl, Unterwerfung und „Kameradschaft“ ohne Solidarität mit Schwächeren beruht, in der ein rauer Umgang herrscht und in der menschliche Moral gebrochen werden muss, damit jeder Befehl befolgt werden kann, solche Fälle keine Einzelfälle, sondern systemisch sind.

Krieg ist Verachtung von allem, was das Leben lebenswert macht

Dass Rechtsextreme und Faschisten sich in der Bundeswehr und in jeder anderen imperialistischen Armee zu Hause fühlen, ist ebenso kein Wunder, denn Hierarchien und Unterdrückung sind wichtiger Teil faschistischen Denkens. Der Tod ist ihr Beruf, die Verachtung des Lebens Teil ihrer Ideologie.

Und dennoch gefällt es dem Verteidigungsministerium und den Oberen in der Bundeswehr nicht, dass es diese



Das Ende von Rojava?

Im Januar gab es heftige Kämpfe der syrischen Armee gegen die kurdisch geprägte selbstverwaltete Region im Nordosten Syriens (Rojava). Große Teile wurden militärisch überrannt, ehe es am 30. Januar zu einem Abkommen kam, das die Integration in den syrischen Zentralstaat regeln soll. Geht damit ein ungewöhnliches 14-jähriges Experiment zu Ende, das für viele Linke zum Symbol der Hoffnung auf Befreiung geworden ist?



Solidarität mit Rojava, Hamburg, 8. 2. 2026

Als 2011 der Bürgerkrieg in Syrien begann, überließ der damalige Diktator Assad den Kurd:innen die entfernte Region im Nordosten des Landes. Diese nutzten die Gelegenheit, um eine autonome Selbstverwaltung zu gründen.

Ein besonderes Experiment

Rojava wird angeführt von der „Partei der Demokratischen Union“ (PYD), die der türkisch-kurdischen PKK mit ihrem Anführer Abdullah Öcalan nahesteht. Die PKK hat sich lange Jahre als marxistisch verstanden (wenn auch auf stalinistisch verzerrte Art und Weise), doch in türkischer Gefangenschaft hat Öcalan sich zum „demokratischen Konföderalismus“ bekehrt, der sich auf Basisdemokratie und Gleichberechtigung konzentriert, aber Klassenkampf und Enteignung des Kapitals nicht mehr als notwendig ansieht.

In Rojava wurde versucht, den „demokratischen Konföderalismus“ zu verwirklichen. Im Unterschied zu allen reaktionären Kräften der Region wurde z. B. die Gleichberechtigung von Frauen (die als Kämpferinnen organisiert sind und verantwortliche Stellen in der Verwaltung innehaben) großgeschrieben.

Vom Imperialismus unterstützt ... und fallen gelassen

Im syrischen Bürgerkrieg war Rojava ein Bollwerk gegen den Islamischen Staat (IS). Als der IS den Imperialismus zu stören begann, beschloss dieser (allen voran die USA), die Kurd:innen zu unterstützen, um keine eigenen Bodentruppen einsetzen zu müssen. Doch sobald die Gefahr des IS gebannt schien, wurde Rojava fallen gelassen¹ und der Türkei und der syrischen Übergangsregierung unter al-Scharaa grünes Licht für Angriffe gegeben – zuletzt bei einem Treffen Anfang Januar von Vertretern

der US-Regierung, Israels und Syriens in Paris.

Der Imperialismus kann aus Eigennutz unterdrückte Grup-

pen eine Zeitlang unterstützen (und als billiges Kanonenfutter missbrauchen), doch er bleibt der Feind aller Unterdrückten dieser Welt!

Die deutsche Bundesregierung hat die Angriffe auf Rojava nicht verurteilt, sondern begrüßt das Abkommen vom 30. Januar als „ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem geeinten und inklusiven Syrien“ und als „Voraussetzung, Syrien nachhaltig zu stabilisieren“. Eine „Stabilität“, die Außenminister Waidephul entzückt, denn: „Wir haben im Übrigen auch ein Interesse (...) nach Syrien abzuschieben.“

»» Um den nicht-kurdischen Ausgebeuteten in der Region als eine Perspektive zu ihrer Befreiung zu erscheinen, ist wohl doch eine internationalistische, sozialistische Orientierung auf Klassenkampf notwendig. ««

Unsichere Zukunft

Dieses Abkommen wurde von der Führung Rojavas unter vorgehaltener Waffe unterzeichnet. Die Verteidigungskräfte Rojavas sollen als eigenständige Brigaden in die syrische Armee integriert werden, und die kurdische Seite behauptet, dass die Eingliederung in den Zentralstaat unter Beibehaltung basisdemokratischer Strukturen und weitgehender Autonomie geschehe². Doch gibt es viele Gründe zur Skepsis, nicht nur die Vergangenheit al-Scharaas als dschihadistischer Milizenchef.

Es besteht durchaus die Gefahr, dass das Experiment Rojava bald der Vergangenheit angehört. Auch wenn Rojava den Anspruch hat, multiethnisch zu sein

und Araber:innen und Assyrer:innen zu integrieren, so erklärt sich der Erfolg der Offensive al-Scharaas auch dadurch, dass die Regionen mit arabischer Bevölkerungsmehrheit schnell zu den Regierungstruppen übergelaufen sind, weil sie sich in dem Projekt Rojava nicht so vertreten fühlten wie die Kurd:innen.

Rojava bezeichnet sich als revolutionär und rätedemokratisch. Aber der „demokratische Konföderalismus“ hat es offensichtlich nicht geschafft, den nicht-kurdischen Ausgebeuteten in der Region als eine Perspektive zu ihrer Befreiung zu erscheinen. Dafür ist wohl doch eine

internationalistische, sozialistische Orientierung auf Klassenkampf notwendig, statt auf eine vom Imperialismus tolerierte regionale Autonomie.

Doch gegenüber den reaktionären Kräften, die Rojava angreifen und dem Imperialismus, der sein perfides Spiel treibt, gehört Rojava unsere volle Solidarität! ■

Richard Lux, Berlin und Eva Ruth, Hamburg

Fußnoten

¹ Ausführlicher dazu: www.sozialismus.click/syrisch-kurdistan-rojava-als-geisel-im-spiel-der-neuen-syrischen-fuehrung-und-der-grossmaechte-die-sie-sponsern/

² <https://deutsch.anf-news.com/rojava-syrien/50085>

USA am Scheideweg zwischen Sozialismus und Barbarei?

Die Ereignisse in der US-amerikanischen Stadt Minneapolis überschlugen sich in den letzten Wochen. Was als Invasion durch die ICE-Greiftruppen begann, mündete in den größten landesweiten Generalstreik seit vielen Jahren. Doch was sind die gefürchteten ICE-Einheiten eigentlich? Und welche Perspektive hat der Kampf gegen sie?

Eine Stadt im Ausnahmezustand

Seit dem erneuten Amtsantritt von Präsident Trump letztes Jahr hat dieser ein Ziel ganz klar in den Fokus seiner Politik gerückt: Den Kampf gegen „illegale Immigration“ und Ausländer:innen, die „zu Unrecht“ im Land seien. Diesen Kampf führt er mit zunehmender Härte. Dabei zielt seine rassistische Demagogie nicht nur darauf ab, die Stimmen einer kleinbürgerlichen Bevölkerung mit fremdenfeindlichen Vorurteilen zu gewinnen, die sich durch das „harte Vorgehen gegen

Wer oder was ist ICE?

ICE wurde 2003 nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 unter Präsident Bush gegründet und war von vornherein dazu gedacht, als „bewaffneter Arm“ des Heimatschutzministeriums „illegale“ Migration zu überwachen und Abschiebungen durchzuführen. Dabei machte sie sich von Anfang an durch brutales Vorgehen einen Namen: Schon im ersten Jahr starben 32 Personen in ICE-Abschiebegefängnissen (genauso viele wie jetzt unter Trump), eine Zahl,

Einer für alle, alle für einen

Wie diese Repression im Alltag aussieht, zeigt ICE sehr eindrücklich in Minneapolis. Menschen, die als Ausländer:innen gelesen werden, werden aus ihren Autos gezerrt und verprügelt, von zu Hause entführt, vor den Augen der Kinder aus Kindergärten geschleift oder sogar auf offener Straße erschossen.

Doch die Bürger:innen Minneapolis sehen dieser Gewalt gegen ihre Nachbar:innen nicht tatenlos zu, sondern solidarisieren sich, meist auf zwei verschiedene Arten: Die „rapid response groups“ (direkte Aktionsgruppen) konzentrieren sich dabei auf das aktive Verhindern von Festnahmen. Sehen sie einen Truck, der von ICE sein könnte, warnen sie mit Hupen und Hundepfeifen ihre Nachbar:innen vor den Beamten:innen. Ist eine Entführung schon im Gange, filmen sie das Geschehen und behindern es so. Gewalt setzen sie nicht ein – auch wenn ihr Einsatz hochgefährlich ist, wie der Tod von Good und Pretti beweisen. Anders gehen die „mutual-aid

» Schon in ihrem ersten Existenzjahr starben 32 Personen in ICE Abschiebegefängnissen (genauso viele wie jetzt unter Trump), eine Zahl, die auch unter „progressiven“ Präsidenten wie Obama nie 0 war. «

Kriminalität“ der Polizei „beruhigt“ fühlen soll. Es soll die gesamte Arbeiter:innenklasse terrorisiert werden. Trump ist die Visage der großen Kapitalist:innen, die offen Krieg nach außen und nach innen führen.

Durchsetzen lässt er diese Politik vor allem von zwei Behörden: der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) und der Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP). Vor allem Erstere wurde schnell international für ihre brutalen Einsätze bekannt, in denen Menschen von ihrem Arbeitsplatz oder aus ihrem Haus gezerrt wurden, um in den berüchtigten Abschiebegefängnissen zu verschwinden. Zwei Städte stehen seit dem 04. Dezember 2025 dabei besonders im Fokus der Behörden: Die „Twin Cities“ des Bundesstaats Minnesota, Minneapolis und St. Pauls. In diesen sei die Gefahr, die von illegalen Einwander:innen herrührt nämlich „besonders schlimm“, so Trump.

die auch unter „progressiven“ Präsidenten wie Biden oder Obama nie unter drei sank.

ICE genießt dabei Sonderrechte, wie dass sie ihre Fahrzeuge nicht kennzeichnen müssen, Zugriff auf Militärausstattung haben und in Zivil agieren können. Trump erhöhte nun die Zahl an Beamten:innen um 10.000, wobei er neue Rekrut:innen vor allem mit ökonomischen Anreizen, wie dem Erlass der Studiengebühren, lockt. Dadurch ist ICE inzwischen die größte und finanzstärkste Polizeibehörde des Ministeriums für innere Sicherheit geworden (noch vor CIA und FBI). Ein Repressionsapparat also, der die Polizei nicht nur ergänzt, sondern auch mehr Befugnisse hat und nur direkt der Bundesregierung unterstellt ist.



„Protect“ (Schützt) – Trillerpfeifen werden benutzt um davor zu warnen, dass ICE in der Nähe ist, 2. 2. 2026 @https://chaddavis.photography/

Italien: Regierung provoziert Gewalt um demokratische Rechte abzubauen – die Proteste hält das nicht auf

Am Samstag, den 31. Januar, demonstrierten bis zu 50.000 in Turin (Nordwestitalien) gegen die Räumung des sozialen Zentrums „Askatasuna“ im Dezember. Dieses ist – nach der Räumung des bekannten Zentrum „Leoncavallo“ in Mailand im August '25 – der zweite Angriff der Regierung auf diese selbstverwalteten Räume. Soziale Zentren haben in Italien seit Jahrzehnten eine große Tradition und sind oft tief verwurzelt im sozialen, politischen und kulturellen Leben der ärmeren und arbeitenden Schichten. Gleichzeitig sind sie oft Zentren des Widerstands gegen den Sozialabbau und die Aufrüstung und in den letzten Monaten gegen Italiens Unterstützung der Verbrechen der israelischen Armee in Gaza.

Am Rande der Demonstration kam es – der Anlass ist unklar – zu Straßenschlachten zwischen Polizei und gut organisierten Protestierenden. Fast wie bestellt, fluteten Bilder von brennenden Einsatzwagen und schwer bedrängten Polizist:innen die nationalen Medien (sogar in Deutschland las man davon in der Zeitung ... allerdings ohne jeden echten Zusammenhang). Gleich am nächsten Tag besuchte die Regierungschefin Meloni pressewirksam verletzte Polizist:innen ... und der Innenminister erklärte noch in der Folgeweche, zur „Verteidigung der Demokratie“ die Rechte von Demonstrierenden einschränken und die Rechte der Polizei massiv ausweiten zu wollen. Selbst die Chefin der größten Polizeigewerkschaft erklärte inzwischen, dass der Innenminister die Fakten verdrehe und das Demonstrationsrecht unzulässig beschneiden wolle.

Ein entsprechendes Dekret wurde zwei Tage später von der Regierung erlassen. So sollen Anmelder:innen von Demonstrationen in Zukunft teure Kautionen

zahlen, was das Demonstrationsrecht zu einer Sache der Reichen machen würde, und es dürfen Menschen ohne konkreten Vorwurf bis zu 12 Stunden in Gewahrsam genommen werden. Gegen Polizist:innen hingegen soll in Fällen von „Notwehr“ nicht mehr wirklich ermittelt werden. Und nach einer Woche werden immer mehr Berichte über massive Polizeigewalt gegen Demonstrierende bekannt.

Es brodelt in Italien aus vielen Gründen

Diese Verschärfung dient der Regierung als Mittel, um angesichts einer seit Monaten schwelenden und sich immer wieder in Massendemonstrationen und Streiktagen Luft machenden Bewegung, deren Unterdrückung zu erleichtern. Denn tatsächlich brodelt es in Italien: Schulen werden besetzt, nationale Aktionstage vorbereitet und es wird sich zeigen, wie heiß der Frühling auf den Straßen und Plätzen Italiens wird.

Aber die Angriffe auf die sozialen Zentren sind nicht allein ein Versuch, die

Umsetzung ihrer „linken“ Wahlversprechen ablenken. Statt nämlich das 2011 eingeführte, extrem unpopuläre „Fornero“-Rentengesetz abzuschaffen, belässt sie es bei kleinen, kosmetischen Korrekturen. Die im Gesetz geregelte automatische Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung wird bisher nicht aufgehoben, Möglichkeiten vor dem Alter von 67 in Rente zu gehen, bleiben schwierig und werden mit Abschlägen bestraft. Und das trifft und verärgert auch viele Anhänger:innen der Regierung unter den Arbeitenden und kleinen Selbständigen. Ein „harter Kurs“ gegen „die Linke“ und die Veranstaltung der Olympischen Winterspiele sollen hier für Ablenkung sorgen.

Apropos Olympia

Letzte Woche sickerte durch, dass die Mörder und Kindesentführer von Minneapolis – Trumps Einwanderungspolizei ICE – das US-Olympiateam in Mailand und Cortina schützen sollen. Zwar haben sie in Italien keine vollen Polizeirechte, aber die Bilder aus Minnesota und anderen Orten lassen ja Zweifel daran aufkommen, dass die ICE-Agent:innen das so ernst nehmen. Der Hass auf Trump, die Solidarität mit den Menschen in Minneapolis und auch die Wut über Melonis Kuschelkurs gegenüber dem Trump-Regime haben am Wochenende jedenfalls allein in Mailand über 1.000 Menschen auf die Straße gebracht: Nein zu ICE in Italien oder irgendwo. ■

Jakob Erpel, Düsseldorf



Amerlinghaus bleibt!

Das linke Kulturzentrum Amerlinghaus hat gerade sein 50-jähriges Jubiläum gefeiert. Es ist ein zentraler Ort für viele Gruppen und Initiativen, auch für uns. Aktuell ist der Fortbestand durch die breite Kahlschlagpolitik der Wiener Stadtregierung bedroht. Ein Interview mit Claudia, langjährige Mitarbeiterin im Infobüro, über das Haus, die Situation heute und den Kampf für den Fortbestand.

Kannst du uns einen kurzen Einblick in die Entstehungsgeschichte geben?

Das Amerlinghaus ist das Ergebnis einer Besetzung im Jahr 1957. Der Spittelberg, das Stadtviertel in dem das Amerlinghaus liegt, war damals von heruntergekommenen Häusern, Armut und miesen Wohnverhältnissen geprägt. Die Gemeinde hatte Pläne das Viertel zu schleifen, doch eine Initiative von Nachbar:innen kämpfte für den Erhalt des Spittelbergs. Im Kontext der Wiener Festwochen im Juni 1975 gab es ein dreitägiges Fest mit Demonstrationsbetrieb. Den ebenfalls eingeladenen Vertreter:innen der Gemeinde wurde ein Manifest übergeben, das ein selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum forderte.

Wie ist es dann weitergegangen?

Die zuständige Stadträtin war damals sehr offen, das Haus ist generalsaniert und 1978 als niederschwelliges, selbstverwaltetes Kulturzentrum eröffnet worden. Es wurde voll subventioniert dem Verein übergeben. Zu Beginn gab es elf Mitarbeiter:innen und ein üppiges Budget. 1980 gab es eine zweite Besetzung des Hauses, mit zwei Hauptkritikpunkten. Erstens: „Weg mit den Verwal-

tern der Selbstverwaltung“. Diese Forderung gibt es heute nicht mehr, weil die Gruppen froh sind, dass es das Büro und die Infrastruktur gibt. Zweitens: Protest gegen die Kommerzialisierung des Beisls. Dieses wurde ursprünglich als Teil des Kulturzentrum betrieben, aber bald von einem Privaten übernommen; mit eigenem Mietvertrag und fast exklusiver Hofnutzung. Das Kulturzentrum wurde unfreiwillig zu einer Pionierin der Gentrifizierung — etwas, was damals für die Bewegung nicht absehbar war. Der Spittelberg ist heute eines der teuersten und kommerziellsten Viertel Wiens, die Räumlichkeiten des Amerlinghauses sind für Profitinteressen interessant.

Von wem wird das Haus genutzt und wie ist das Selbstverständnis?

Offenheit und Heterogenität prägen das Haus bis heute, es war von Beginn an transkulturell und szeneübergreifend. Aktuell sind regelmäßig 70 Gruppen und Initiativen im Haus (z. B. eine Kindergruppe, Deutschkurse, politische Gruppen ...), darüber hinaus gibt es punktuelle Nutzungen (Ausstellungen, Veranstaltungen...). Die Räume sind durchgehend von unterschiedlichen Gruppen belegt, ohne dass es Probleme gibt. Es ist ein demokratiepolitisch wichtiger Bege-

gnungsort, gerade auch für Menschen, die von Verdrängung bedroht sind, an dem man nicht in eine Schublade gesteckt wird. Es hat somit auch einen Modelcharakter für das „Gute Leben für Alle“.

Wie ist die Situation heute?

Die Subventionen sind über die Jahre immer weniger geworden und decken nur mehr die absoluten Grundkosten. Heute gibt es nur mehr drei Mitarbeiter:innen im Büro und zwei für den Raumerhalt, alle in Teilzeit. Mit minimalem Personal wird die gesamte Verwaltung gestemmt. Aktuell steht eine Subventionskürzung von zwei Dritteln (!) im Raum, genauere Beschlüsse lassen auf sich warten. Es gibt keine Planungssicherheit, die Angestellten wurden vom Verein bereits vorsorglich gekündigt. Diese Kürzung würde das Ende des Amerlinghauses in seiner bisherigen Form bedeuten. Die zuständige Stadträtin der liberalen NEOS hat Gespräche bisher verweigert, weswegen wir ihr Ende Januar einen unangemeldeten Besuch abgestattet haben. Jedenfalls geht es nicht einfach nur um Einsparungen, sondern es gibt eine politische Absicht dahinter.

Die Stadt Wien verabschiedet sich von dem Wien wie es bisher war. Massive Kürzungen gibt es aktuell bei diversen Initiativen, im Bereich Kultur, bei Wohnungslosen, Suchtkranken, Menschen mit Behinderungen ... Wir suchen die Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen. Es gab bereits mehrere Kundgebungen, Aktionen und Demonstrationen sowie Mailaktionen und Öffentlichkeitsarbeit.

Danke für das Interview, euren Einsatz sowie die tolle Zusammenarbeit und Unterstützung über die vielen Jahre! ■

Spenden zum Erhalt des Amerlinghauses an:
 Verein Kulturzentrum Spittelberg
 IBAN: AT55140000151066553
 BIC: BAWAATWW
 Zweck: Spende
 Vielen Dank für eure Solidarität!



Neuer Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn

Am 31.12.2025 endeten die aktuellen Tarifverträge der Gewerkschaft GDL bei der Deutschen Bahn und damit eigentlich auch die Friedenspflicht. Doch warum hört man noch nichts von Streikandrohungen? Teil des letzten Tarifvertrags war, dass nach dessen Ende weiterhin eine zweimonatige Friedenspflicht gilt. In dieser Friedenspflicht soll ein neuer Tarifvertrag zustande kommen, ganz ohne Streiks. Doch wie soll ohne Druckmittel ein passables Ergebnis ausgehandelt werden?

Im letzten Jahr hat die „Konkurrenzgewerkschaft“ EVG übrigens freiwillig auf Streiks verzichtet, da sie unbedingt vor den Bundestagswahlen einen neuen Tarifvertrag haben wollte. Nur doof, dass die EVG zu diesem Zeitpunkt noch einen gültigen Tarifvertrag hatte und sich somit in der Friedenspflicht befand. Nach ca. 3 Wochen und nur 4 Verhandlungstagen präsentierte man schon das Ergebnis. Rausgekommen ist eine Lohnsteigerung von 6,5 % (natürlich nicht sofort, sondern in drei Schritten) – gefordert hatte man 7,6 %. Betriebsbedingte Kündigungen soll es bis Ende 2027 nicht geben. Mit Freude hatte die EVG-Spitze verkündet, dass sie ihre Forderungen nahezu durchsetzen konnte. Es gibt nur einen klitzekleinen Haken: Bei den Forderungen hat man wohl schon bewusst auf eine Laufzeitangabe verzichtet. Die 6,5 % erstrecken sich nämlich auf 33 Monate – mal gucken, was sie dann noch wert sind. Was fordert die GDL in den aktuellen Tarifverhandlungen? Natürlich mehr Geld für die Arbeiter:innen. Und das ist diesmal auch schon fast alles – zur Erinnerung, bei dem letzten Abschluss wurde eine 35-Stunden-Woche ab dem Jahr 2029 erkämpft. Die aktuellen Forderungen sind:

- Eine „Entgeltvolumenerhöhung“ um 8 % (davon 3,8 % allgemeine Entgelterhöhung, die restlichen 4,2 % sollen durch „Strukturverbesserungen“ zustande kommen)
- Eine 8. Entgeltstufe (alle 5 Jahre Berufserfahrung rutscht man automatisch in eine höhere Entgeltstufe, bisher gibt es nur 7 Stufen – also lohnt sich das Altwerden im Job nun 5 Jahre länger)
- Lohnsteigerung um 10 % für Ausbilder:innen und 20 % mehr für Prüfer:innen

- Vertragliche Absicherung von Langzeitkonten (ein besonderes Überstundenkonto)
- Neue Tarifverträge für die Fahrzeuginstandhaltung und für die Infrastruktur
- Die Laufzeit des Tarifvertrags soll maximal 12 Monate betragen

lungstermin ein Angebot vorgelegt, obwohl der Forderungskatalog nur wenige Tage vorher übermittelt wurde. Tatsächlich hat die DB angekündigt für den nächsten Tag ein Angebot vorzulegen, was dann aber nicht passiert ist, da sich – oh Wunder – seitens der DB herausgestellt hat, dass die Zielvorstellungen beider Seiten noch zu weit auseinander

»» Die DB hat kein Angebot vorgelegt, weil die Zielvorstellungen beider Seiten noch zu weit auseinander lägen und die Themen sehr komplex seien. ««

Im Dezember hatte man schon die Verhandlungstermine für die Monate Januar und Februar vereinbart. In diesen beiden Monaten soll an insgesamt 14 Tagen verhandelt werden. Am 8. Januar gab es dann das erste Aufeinandertreffen. Aufgrund der zu erwartenden längeren Verhandlungsphase hat die GDL eine Einmalzahlung von 1000 € gefordert. Verständnisfragen zum Forderungskatalog wurden geklärt. Weiter ging es dann am 22. Januar. Leider hat die DB keinerlei Vorstellungen geäußert, inwiefern sie auf die Forderung der GDL eingehen wird. Auch bestbezahlte Manager der DB verstehen den von der GDL bereits im Juli zugesendeten Forderungskatalog noch nicht. Für den dritten Verhandlungstermin, der zwei Tage dauerte, forderte die Gewerkschaft ein erstes Angebot, damit man auch mal Punkte zum Verhandeln hat. Übrigens hatte die DB bei den EVG Tarifverhandlungen bereits am ersten Verhand-

lungstermin ein Angebot vorgelegt, obwohl der Forderungskatalog nur wenige Tage vorher übermittelt wurde. Tatsächlich hat die DB angekündigt für den nächsten Tag ein Angebot vorzulegen, was dann aber nicht passiert ist, da sich – oh Wunder – seitens der DB herausgestellt hat, dass die Zielvorstellungen beider Seiten noch zu weit auseinander lägen und die Themen sehr komplex seien. Die Tarifverhandlungen zwischen DB und GDL stehen noch am Anfang. In den vergangenen Tarifkonflikten hat die DB viel auf Verzögerungstaktik gesetzt. Dies zeichnet sich jetzt auch wieder ab. Eine Besonderheit bei der Deutschen Bahn ist die Anwendung des Tarifeinheitsgesetzes. Die Gewerkschaften EVG und GDL sind dadurch zu starken Konkurrentinnen geworden und spalten die Beschäftigten. Angewendet wird nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft, die im Betrieb die meisten Mitglieder hat. ■

Sabine Müller, Berlin



Die Große Mobilisierung: Die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung bis zur Kriegstüchtigkeit

Während die Bundeswehr sich gern als eine Armee von „Staatsbürgern in Uniform“ und als Verfechterin von Menschen- und Frauenrechten darstellen würde, stellt dieser neu erschienene Sammelband zur Bundeswehr die andere und realistischere Seite der Medaille dar. In 20 kurzen Kapiteln bietet dieses Buch einen Überblick über die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung bis zur heutigen Lage und gibt viele Gründe und Argumente, sich der Kriegstüchtigkeit und der Wehrpflicht zu widersetzen.

Als die Bundeswehr 1955 (trotz Protesten) entstand, wurde sie mit begrenzten Befugnissen als Armee zur Verteidigung der kapitalistischen Ordnung in der

rem Himmel kommt, wird durch die Strategiepläne der Bundeswehr „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von 2013 und das Weißbuch von 2016 ersichtlich.

Darüber hinaus geht das Buch im Detail auf die verschiedenen Einsätze der deutschen Bundeswehr in Somalia, Ex-Jugoslawien, Albanien, Afghanistan und der Sahelzone ein. Dadurch wird sichtbar, dass diese Einsätze nie den angesagten Zielen der Menschenrechtsverteidigung gerecht wurden und der Bundeswehr lediglich einen „Platz an der Sonne“ verschaffen sollten.

»» Es gilt auch, gegen die steigenden imperialistischen Spannungen eine internationalistische Antwort zu entwerfen: Wenn du Frieden willst, bereite die Revolution vor! ««

BRD mit Unterstützung des westlichen Imperialismus geschaffen. Seit ihrer Gründung und dem Ende des Kalten Krieges haben sich jedoch ihr Arsenal und ihre Einsätze rund um die Welt erweitert, und sie versucht sich immer mehr als Hauptakteurin der Europäischen Union zu behaupten, zunehmend sogar im Wettbewerb mit den USA. Dass das Streben nach Kriegstüchtigkeit von Kriegsminister Pistorius nicht aus heite-

Der russische Angriff auf die Ukraine 2022 wurde zuletzt zur Rechtfertigung genutzt, weil der deutsche Imperialismus sich immer noch hinter dem angeblichen Kampf um Demokratie versteckt. Doch bei Einsätzen der Bundeswehr geht es darum – wie es der Bundespräsident Horst Köhler 2010 sagte – „unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“.

Um diese Politik zu vollziehen, rüstet die Bundeswehr auf, in enger Zusammenarbeit mit Rüstungsfirmen wie Rheinmetall, KNDS und Hensoldt. Durch die Beschaffung von neuen hochtechnologischen Waffen nehmen diese Rüstungsfirmen eine aktive Rolle bei der Bestimmung der deutschen Strategie für den erwarteten Fall eines Krieges mit Russland und China ein. KI-gesteuerte Kamikazedrohnen als sogenannter „Drohnenwall“ zeichnen den Horizont eines Krieges hoher Intensität. Dabei investiert die Bundeswehr in die Luftwaffe etwa 33,4 Milliarden Euro, den höchsten Teil des Sondervermögens. Wer glaubt, dass solche Bewaffnung der Friedenssicherung dient, sollte diesen Rüstungswettkampf genauer betrachten.

Dass diese steigende Rolle der Bundeswehr mit einer Militarisierung nach innen einhergeht, hat bereits Tradition. Denn die Legitimierung einer Armee auf deutschem Boden hing mit ihrem Einsatz in zivilen Zusammenhängen zusammen (etwa beim Hamburger Sturm 1962) und ermöglichte es, die Befugnisse der Bundeswehr scheinbarweise zu erweitern, wie es sich im letzten Herbst mit dem Manöver „Red Storm Bravo“ und der Drohnendebatte zeigte. Die neue Bedeutung der Bundeswehr wird auch für immer mehr Beschäftigte und Teile der Bevölkerung zur Last: mehr Arbeitsbelastung, eingeschränktes Streikrecht, Propagandamaschinerie – all das geschieht nicht in unserem Interesse!

Zum Schluss wird gegen die Ausnutzung der imperialistischen Zuspitzungen in der Ukraine der Spruch „Eure Kriege ohne uns“ als Perspektive für die antimilitaristische Bewegung entworfen. Auch wenn wir diesen Spruch teilen, da keine kapitalistische Armee in unserem Interesse agiert, gilt es auch, gegen die steigenden imperialistischen Spannungen eine internationalistische Antwort zu entwerfen: Wenn du Frieden willst, bereite die Revolution vor! ■

Eva Ruth, Hamburg



VERANSTALTUNGEN

BERLIN

19:00 Uhr | Mehringhof, Gneisenaustr. 2A, Blauer Salon

Do, 19. 02. Argumente gegen die Wehrpflicht –streiken statt sterben

Di, 04. 03. Bastel- und Materialtreffen für den Schulstreik gegen die Wehrpflicht

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13

Do, 26. 02. Filmabend: Burn! Queimada

DÜSSELDORF

19:00 Uhr | Solaris, Kopernikus Str. 53

Do, 19. 02. Bannermalen für den Schulstreik gegen Wehrpflicht

INTERNATIONAL

28. 7. - 2. 8. 2026 Internationalistisches Sommercamp in Spanien

**Hier findet ihr uns
online**

Deutschland

www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](#)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](#)

 [rsoorganisation](#)



Revolutionär Sozialistische
Organisation



Sozialismus oder Laberei



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

**Ihr erreicht uns in
Deutschland unter:**

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/